

Die Rote Fahne

Centralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Magdenstraße 29. Tel.: 81
Verolina 5481. Geschäftzeit des Verlages von 10 Uhr bis 12 Uhr.
Zurückliegende Speicherkunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Verlag: Rosa Luxemburg Verlag, Berlin, Post-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.
Postfachkonto Berlin NW 278 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 2.— Mark einschließlich Postgebühren in Berlin und Ostern mit eigener Zustellung. — Postgebühren in Ostpreußen 3.50 Mark; in Ostpreußen im Ausland sowie nach Österreich, Albanien, Jugoslawien, Dänemark und Schweden 4.50 Mark, übrige Länder 4.80 Mark.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12spaltige Normalzeile 70 Pf. Arbeiter-organisations- und Familienanzeigen: Seite 40 Pf. Kleine Anzeigen: 15 Pf. Anzeigenpreis: Seite 25 Pf., Sonntags 30 Pf. Anzeigenpreis: Seite 30 Pf. Anzeigenabteilung: Kleine Magdenstraße, 29. Tel.: (1) Verolina 1888, 1918.

Die Lawine des Hungers

Katastrophales Anwachsen der Erwerbslosigkeit in allen Berufen

Der Raubzug gegen die Arbeitslosen

Beitragserhöhung auf 4 1/2 Prozent, aber zugleich Abbau der Leistungen — Kampf für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Zu großer Aufmachung berichten die bürgerlichen Zeitungen über die Pläne der Bürgerblock-Regierung, des Reichsfinanzministeriums und der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gegen die Erwerbslosen. Das Anwachsen der Erwerbslosigkeit hat eine immer katastrophaleren Ausmaß angenommen. Während im Sommer des vorigen Jahres für 1929 noch mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 990 000 bis 1,1 Millionen gerechnet wurde, hat schon der vorläufige Plan der Reichsanstalt vor knapp zwei Wochen, zu dem sich damals der Reichsfinanzminister Brüning sofort im Namen des Reichsrats bekannte, eine Durchschnittszahl von 1,5 Millionen Erwerbslosen für 1930 vorgezeichnet. Inzwischen gibt selbst das Reichsfinanzministerium des Budgetbüros als vorläufige Durchschnittszahl 1,7 Millionen Erwerbslose an, wobei es sich bei allen diesen Ziffern lediglich um diejenigen Erwerbslosen handelt, die von der Arbeitslosenversicherung erfasst sind, nicht etwa um die von der Arbeitslosenversicherung unberührt gebliebenen oder die schon gänzlich ausgesparten.

Die Berechnung des Finanzministeriums ist jedoch völlig unhaltbar. Nachdem in den ersten fünf Monaten des Jahres 1930 die durchschnittliche Zahl der Erwerbslosen, die von der Arbeitslosenversicherung erfasst sind, mindestens 2,2 Millionen betrug, so ist nach bürgerlicher Darstellung betrug, müsste die Durchschnittszahl während der nächsten fünf Monate auf 1,2 Millionen sinken, damit der Gesamtdurchschnitt von 1,7 Millionen Arbeitslosen für die ersten zehn Monate des Jahres 1930 eintreten würde. Es ist klar, daß eine solche Perspektive bezüglich der Entwicklung des Arbeitsmarktes durch keinerlei Tatsachen gerechtfertigt erscheint.

Selbst nach dem schlechtesten Malbericht des IAWA ergibt sich eine umgekehrte Perspektive. In der Zeit vom Februar bis zum April war eine Steigerung der Arbeitslosigkeit bei den Metallarbeitern von 4,3 Prozent auf 6,3 Prozent, bei den Textilarbeitern von 15,7 Prozent auf 17 Prozent, bei den Holzarbeitern von 12,8 Prozent auf 14,3 Prozent, in der Glasindustrie von 18 Prozent auf 20,2 Prozent zu verzeichnen. Die gleiche Entwicklung zeigt sich im Bergbau, wo die Erwerbslosigkeit im Jahre 1929 Ende April 19,2 Prozent betragen hat, in diesem Jahre Ende April jedoch 22,9 Prozent beträgt.

Aus alledem ergibt sich, daß die Gefahr der Erwerbslosigkeit, zu der sich die Kurzarbeit gesellt, in den kommenden Monaten nicht schwächer, sondern mit unüberwindlicher Macht die deutsche Arbeiterklasse treffen wird. Aber schon nach den vorläufigen Plänen des Reichsfinanzministeriums ergibt sich im Etat 1930 eine Mehrausgabe von 500 Millionen für die Arbeitslosenversicherung und etwa 300 Millionen für die Arbeitslosenversicherung. Nach den Plänen Brüning, die über die ursprünglichen Vorschläge der Reichsanstalt noch hinausgehen, soll zur Deckung dieses Defizits die Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung nicht nur auf 4 Prozent, sondern von 3 1/2 auf 4 1/2 Prozent erfolgen.

Aber die ungeheure Mehrbelastung, die sich damit für die Arbeiterklasse ergibt, soll keineswegs etwa dazu dienen, den Erwerbslosen auch nur die bisherigen Beihilfen zu sichern. Im Gegenteil:

Mit der Beitragserhöhung geht nach den Plänen des Bürgerblocks ein ungeheurer Abbau der Leistungen einher. Der Kampf gegen die Opfer der kapitalistischen Rationalisierung und der heranwachsenden Wirtschaftskrise geht in die Höhe.

Mit zynischer Offenheit schreibt das führende Blatt der deutschen Großbourgeoisie, die „Kölnische Zeitung“:

„Jede Festlegung der Entgeltbildung würde dem Grundbesitz der Finanzverwaltung widersprechen und die Steuerentlastung der nächsten Jahre gefährden. Es darf für das Rechnungsjahr 1930 keine irgendwelche Zulagenbewilligung in einem Nachtragshaushalt geben, wenn nicht die Belastung wieder auf unbestimmte Zeit verschoben werden soll.“

Zuletzt und provokatorisch spricht das großbürgerliche Blatt aus, daß den hungernden Erwerbslosen die letzten Beihilfen geraubt werden sollen, damit die Unternehmer unver-

mindert ihre Profite einziehen können. Der Hungerkampf, der nach dem Willen der Bourgeoisie in verschärfte Formen eintreten soll; dieser Angriff auf die Kernaussagen der Arbeiterbewegung, während im Reichstag General Groener (Der Mann, der freilebende Arbeiter als „Hundsblute“ bezeichnet) jede „Sparsamkeit“ beim Gehalt brutal ablehnt und neue Mehrausgaben für die imperialistische Aufrüstung ankündigt — das ist das Bild der deutschen Republik!

Die Arbeitermassen, alle Schichten des werktätigen Volkes, die Angehörigen der schaffenden Mittelklasse — sie alle müssen zusammenstehen! Die Proletariat, die heute noch im Betriebe stehen und die Erwerbslosen auf den Straßentor und Arbeitsnachweiser haben eine Kette, die Klassenarmee des Hungers, die gegen den Raubzug der Satzung sich zur Wehr setzen und ihrerseits vorwärts marschieren muß. Im Kampf um den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, um die Abwehr der Sozialdemokratischen Partei und des gleichzeitigen Raubzuges gegen die Erwerbslosen, im Kampf um ein menschenwürdiges Dasein für alle Angehörigen der Arbeiterklasse müssen Betriebsarbeiter und Erwerbslose sich zur eifernen Front zusammenschließen.

Die SPD-Führer, die in der Regierung durch ihren Mistfang die schamlose Ausbeutung der Erwerbslosen durchgeföhrt und den neuen Raubzug vorbereitet haben, leisten auch jetzt der Bourgeoisie aktive Hilfe, indem sie die Massen zum Klassenkampf ablenken, durch parlamentarische Manöver täuschen und zu verwirren versuchen. Nur unter Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition, nur unter den klaren Lösungen des revolutionären Klassenkampfes können die Ansprüche der Bourgeoisie abgewehrt, kann der Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich erkämpft und damit Brot und Arbeit für Millionen Erwerbslose errungen werden!

Dieser Kampf der Massen, die Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit in den Betrieben, die Mobilisierung der Erwerbslosen zur Einheitsfront mit den Betriebsarbeitern, kurz alle diese Kämpfe um die Tagesforderungen des Proletariats sollen mit voller Schärfe die Frontklasse gegen die Klasse auf. Die rote Arbeiterfront des Proletariats, in der die Kommunisten Seite an Seite mit den unorganisierten Arbeitern wie mit den sozialdemokratischen Arbeitern und der herrlichen Proletariatsmassen, steht auf den härtesten Widerstand des kapitalistischen Staatsapparates.

So wird der Kampf um die primitivsten Tagesforderungen, der Kampf um die bloße Erhaltung der Existenz für die Massen der Erwerbslosen, zwangsläufig zum Kampf um den Sozialismus, zum Kampf für die Herrschaft der Arbeiterklasse, zum Kampf für die Überwindung der kapitalistischen Barbarei!

Konsum Halle soll geschlossen werden

Auf dem am 1. und 2. Juli auf dem in Goddard stattfindenden Mitteldeutschen Verbandstag der Konsumvereine soll, wie wir hören, der Ausschuss der größten proletarisch geleiteten Konsumgenossenschaft, des Allgemeinen Konsumvereins Halle a. S. Saale und Umgebung, geschlossen werden.

Alle Versuche der sozialdemokratischen Hamburger Zentralinstanzen, mit Hilfe von Brandstiftern und anderen korruptesten Elementen die Führung der Genossenschaft der Massenbewussten Arbeiterklasse zu übernehmen, schlagen fehl. Darum versuchen sie es jetzt mit dem Ausschuss. Dieser verkehrtermaßen Spaltungspolitik muß durch die Bekämpfung der Herrschaft der Klassenbewussten Opposition in allen Konsumvereinen begegnet werden.

Der Landtagswahlkampf in Sachsen

H. J. In der Sitzung des Sächsischen Landtags vom 20. Mai wurde in momentlicher Abstimmung der Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtags mit 50 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegen 46 Stimmen aller übrigen Parteien angenommen. Die Wahl des neuen Landtags findet am 22. Juni statt.

Die verzwiefelten Versuche, diesen Landtag, dessen Mehrheit seit dem Sturz der reaktionären Bürger-Regierung am 18. Februar nicht in der Lage war, eine neue lebensfähige Regierung zu bilden, trotz alledem noch weiter am Leben zu erhalten, sind endgültig gescheitert.

Bis zum letzten Augenblick wurde ein widerlicher Kuhhandel getrieben, um die Auflösung, die alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten und vielleicht noch der Nationalsozialisten wie die Pest fürchteten, zu verhindern.

Die Sozialdemokratie hat nicht nur in den vergangenen Monaten immer und immer wieder versucht, durch die schamlose Ausbeutung an die Parteien der Bourgeoisie zur Bildung der Großen Koalition, die in diesem Landtag allein eine tragfähige parlamentarische Mehrheit gehabt hätte, zu kommen. Sie hat nicht nur Schritt für Schritt auch die geringsten ihrer Forderungen den Wünschen der Volkspartei geopfert, um schließlich ihre bedingungslose Bereitschaft zum Eintritt in Koalitionsverhandlungen zu erklären. Ja, die Führer der „linken“ sächsischen Sozialdemokratie gingen noch einen Schritt weiter:

Die demokratische „Neue Leipziger Zeitung“ meldet am Mittwoch, dem 21. Mai, daß die sächsische Sozialdemokratie sogar bereit gewesen sei, in der letzten Sitzung des sächsischen Landtages ihren Auflösungsantrag zurückzuziehen und die rechtzeitige Verabschiedung des sozialreaktionären Etats der Bürgerblock-Regierung zu ermöglichen unter der einzigen Voraussetzung, daß die Deutsche Volkspartei sich bereit erkläre, nach der Sommerpause im Herbst über die Bildung einer Koalitionsregierung zu verhandeln. Die Volkspartei hat selbst dieses letzte Angebot der „Linken“ abgelehnt, die den reaktionären Etat annehmen wollten, wenn ihnen nur dafür im Herbst ein paar Ministerstellen geminkt hätten.

Die Entwicklung der „linken“ Sozialdemokratie in Sachsen in dem Jahr seit der Landtagswahl vom Mai 1929 ging in dem gleichen Maße nach rechts, zum ausgeprägten Sozialfaschismus, wie zur selben Zeit die SPD im Reichsstaatsrat gewisse „linke“, imperialistische Lüne anzuschlagen gezwungen war. Es war die Leipziger Sozialdemokratie, die als erste einen offenen Beschluß für die Koalition in Sachsen annahm und die damit ihre seit sechs Jahren betriebene Abstinenzpolitik einer schmerzhaften „Opposition“ aufgab. Es ist auch kein Zufall, daß es gerade der Leipziger sozialdemokratische Polizeipräsident Fiebigner war, der anlässlich des Reichsjugendtages des kommunistischen Jugendverbandes Ostern 1930 in Leipzig seine Polizei auf die unbewaffnet domestrierten Jungkommunisten schickte, wobei zwei Jungerbeiter ermordet, zahlreiche andere verletzt wurden. Aber nicht genug damit, wagte es die Leipziger Parteioberleitung der SPD, den im Verlauf der Zusammenkünfte ums Leben gekommenen Mörder des Jungkommunisten Döbke, den Polizeihauptmann v. Galle, der seit 1923 eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, mit roten Fahnen zu beschießen. Ja, der Vertreter der Leipziger SPD, feierte bei dieser Gelegenheit den sozialfaschistischen Polizeihauptmann und Arbeitermörder sogar als „Sozialisten“.

Erst in diesen Tagen gab die „linke“ sächsische SPD einen weiteren Beweis ihrer sozialfaschistischen Entwicklung und ihrer Koalitionsfähigkeit gegenüber den Untergruppenparteien, als die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“ eine Rede des Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller, des Direktors Wilhelm Wirtz, wie sie folgende schrieb, „auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Verband Sächsischer Industrieller und der Dresdener Volkszeitung“ ihren Lesern in Sonderdruck beilegte, eine Rede, die den schlimmsten sozialreaktionären Kurs des sächsischen Unternehmertums propagiert, wie er gerade jetzt in der Kländigung des Metalltarifs durch die Unternehmer bei gleichzeitiger Forderung des direkten Lohnabbaues und in dem 57-Stunden-Schiedspruch des zentralen Schiedsgerichts Westsachsen für die Textilindustrie zum Ausdruck kam.

Aber weder der organisierte Arbeitermord der Feindspolizei, noch die Schändung der roten Fahnen bei der Beerdigung des Arbeitermörders, noch diese beispiellose Propa-